

Nassauischer Landwirt



Anzeigen

auf dem Gebiete der Landwirtschaft, des Garten- u. Weinbaues finden weiteste Verbreitung. Druck und Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G.m.b.H.

Landwirtschaftliches Wochenblatt.

Beilage zum „Nassauer Boten.“

Erscheint Donnerstags.

Abonnements-Postpreis 50 Pfg.

Anzeigenpreis 70 Pfg.

die Zeile.

Verantwortl. Redakteur: Dr. H. Sieber.

Nr. 7.

Limburg a. d. Pahn, 25. November.

1920.

Die europäische Weizenernte.

W. Vor einigen Tagen sind Ziffern über die Höhe der europäischen Weizenernte in den letzten 6 Jahren veröffentlicht worden, die deutlich zeigen, daß der jährliche Sturz, den die Erzeugung der wichtigen Brotfrucht während des Krieges erlitten hat, in den letzten beiden Friedensjahren in keiner Weise wieder eingeholt ist. Die Weizenerzeugung Europas (außer Rußland) betrug:

| | |
|------|--------------------------------|
| 1915 | 57 076 000 Tonnen |
| 1916 | 48 573 000 Tonnen |
| 1917 | 21 581 000 Tonnen |
| 1918 | 23 505 000 Tonnen |
| 1919 | 23 742 000 Tonnen |
| 1920 | 25 244 000 Tonnen (geschätzt). |

Bei diesen Ziffern fällt auf, daß der starke Rückgang nicht etwa im Jahre 1916, — als Italien bereits über ein Jahr im Weltkriege stand eingetreten ist, sondern erst im Jahre 1917. In diesen Jahren machten allerdings alle im Kriege verstrickten Mächte besondere Anstrengungen, um den Sieg zu erringen. Die vier Großmächte des europäischen Festlandes: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien riefen alle irrend Waffenfähigen unter die Fahnen. Es fehlte mehr als in den vorangegangenen Kriegsjahren an Arbeitskräften zur Bewirtschaftung der Felder u. zur Einbringung der Ernte. Diese Tatsache reicht aber nicht aus, um den außerordentlichen Rückgang auf weniger als die Hälfte — wie er von 1916—1917 erfolgte — zu erklären. In allen kriegsführenden europäischen Staaten war vielmehr das Votatgetreide in öffentliche Bewirtschaftung und in Preiszwang genommen worden. Für mittlere und geringere Vöden reichten die von der öffentlichen Bewirtschaftung gewährten Preise je länger je weniger aus, um die Aufwendungen zu decken u. einen den anderen Bodenkulturen entsprechenden Erlös zu erzielen. In allen weizenproduzierenden Ländern Europas rief die Anbaufläche zurück. Der Mangel an Arbeitskräften, Düngemitteln und Maschinen zwang zu extensiver Bewirtschaftung, d. h. zum Verzicht auf ertragsteigernde Anwendung von Kapital und Arbeit.

Aus der obigen Tabelle geht hervor, daß in den letzten 3 Jahren eine Steigerung um noch nicht 20 Prozent gegenüber dem Jahre 1917 erzielt werden konnte, obwohl doch inzwischen Millionen von Soldaten entlassen und der landwirtschaftlichen Arbeit wieder zugeführt wurden. Es ist eben soviel Boden, der Bestellung mit Brotgetreide entzogen worden, daß der Ausfall der Kriegsjahre vorläufig nicht wettgemacht werden kann. Unter den europäischen Getreideproduzenten können jedenfalls Deutschland und Oesterreich fürs erste nicht zur vollkommen freien Wirtschaft zurückkehren. Es wäre aber geradezu Selbstmord, wenn wir die bisherige Bewirtschaftungsmethoden unverändert beibehalten wollten.

Von Jahr zu Jahr acht die Anbaufläche für Brotgetreide zurück, sinkt also auch die Eigenproduktion an Weizen und Roggen. Die Kernfrage der Ernährungspolitik müßte sein: „Wie regt man den Landwirt zum verstärkten Getreidebau an?“ Der einzig gangbare Weg dafür ist die Gewährung einer Art von Produktionsprämien. Wenn nämlich nur bestimmte Mengen Brotgetreide öffentlich bewirtschaftet und den großen Verbrauchszentren zur Verfügung gestellt werden, die über dieses Quantum hinaus erzielten Getreidemengen aber freigegeben werden, so wird der Landwirt bestrebt sein, möglichst weit über das abzuliefernde Pflichtquantum hinaus Brotgetreide zu produzieren. Eine solche Reform des Ernährungswesens würde auch dem Grundbedürfnis entsprechen, der für die gesamte deutsche Wirtschaft u. Finanzreform mahnend sein muß: das privatwirtschaftliche Interesse mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in eine Linie zu bringen.

Die Fleischversorgung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Von unterrichteter Seite schreibt man uns über dieses Thema:

Als Termin für die Aufhebung der Zwangswirtschaft von Fleisch hat die Regierung den 1. Oktober gewählt, weil erfahrungsgemäß um diesen Zeitpunkt ein starkes Angebot der Nachfrager gegenübersteht. Der Grund hierfür liegt in der landwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit, zu Beginn des Herbstes das für die Winterfleischung im Frühjahr und Sommer aufgezogene Weidemastvieh von den Mastweiden herunterzunehmen u. als Schlachttier abzuheften. Diese Mastweiden befinden sich in größerem Ausmaß in den landwirtschaftlichen Bezirken des Nieder-Rheins, in Schleswig-Holstein, im nördlichen Hannover, an der Unterelbe, sowie in Ostpreußen. In den übrigen Teilen Deutschlands mit landwirtschaftlichem Charakter wird ebenfalls nach Aufheben des Weidezwangs, d. h. bei Eintritt der kalten Jahreszeit, das Vieh, dessen weitere Fütterung sich nicht lohnt, zum Verkauf gestellt. Ein geringer Teil wird den Winter hindurch im Stalle weitergemästet. Auf diese Weise werden die Herbstmonate auch eine Zeit der Fleischernie, und man beobachtet schon aus Jahren, daß in dieser Jahreszeit das Minderangebot zwischen Angebot und Nachfrage in Fleisch sich wesentlich vermindert. Dieser Mangel tritt in diesem Jahr noch deutlicher in Erscheinung. Gleich bei Eröffnung der Fleischbewirtschaftung sind die Viehmärkte stark besetzt worden und einige von ihnen müssen ausnahmsweise überbestanden auf, nachdem die Kaufleute der ersten Wochen wiederabgeklaut ist.

Trotz dem guten Angebot sind die Preise unverhältnismäßig hoch. Unmittelbar nach Aufhebung der Zwangswirtschaft war der Fleischbedarf ein sehr großer, da sich in allen Bevölkerungsschichten der verständliche Wunsch bemerkbar machte, nach der jahrelangen unzureichenden Nahrung nun wieder frisches Fleisch in größeren Mengen zu genießen. Die ungeheure Nachfrage, die eine steigende Preisbildung begünstigte, scheint allmählich abzuflauen, weil die große Masse der Bevölkerung nicht in der Lage ist, ständig die hohen Fleischpreise anzulegen. Ein anderer Grund für ein gewisses Zurückgehen der Nachfrage sind die Hauswirtschaften, die im Oktober auf dem Lande und in den Kleinstädten einleben, und die es ermöglichen, den gesamten Fleischbedarf des Haushalts für den Winter sicherzustellen.

Die hierdurch hervorgerufene Entlastung der Ansprüche an den Fleischmarkt ist notwendig, da in den ersten Monaten des kommenden Jahres das Angebot in Schlachtvieh erheblich geringer wird. In früheren Jahren wurde aber Mast in diesen Monaten mit dem in der Winterstallmast gehaltenen Rindvieh beiseite, das unter Aufnahmehilfe aus dem Ausland eingeführten Kraftfuttermittel gemästet worden war. Geenwärtig sind wir nicht in der Lage, Kraftfuttermittel in der erforderlichen Menge vom Ausland zu beziehen. Rußland, das uns vor dem Kriege Millionen von Tonnen Futtermittel lieferte, kommt nicht mehr in Frage. Der ungünstige Stand unserer Valuta hindert uns, den Bedarf in den hochwertigen Valutaländern zu decken, zumal wir kaum in der Lage sind, das unerlässliche Brotgetreide zur menschlichen Ernährung bei der Entwertung unseres Geldes vom Ausland zu beschaffen. Die Winterstallmast wird also auch in diesem Jahr auf ein Minimum beschränkt sein, und das Vieh, das im Frühjahr abgetrieben wird, dürfte kaum als Mastvieh anzureichen sein. In eine Schlachtabheute wie in Kriegsjahren ist also im kommenden Frühjahr nicht zu denken, und eine gewisse Fleischknappheit wird für die Monate vor der neuen Ernte die unausbleibliche Folge sein.

Aus dieser Erfahrung heraus hat die Reichsregierung für die kommenden Fleischknappen Monate des neuen Jahres eine sogenannte Meeresreserve geschaffen, indem sie große Mengen ausländischen Gefrierfleischs sichergestellt hat. Die Reserven stehen auch bei etwaigem Eintritt besonderer Notstände zur Verfügung. Sie wurden im südlichen und rheinisch-westfälischen Industriegebiet bereits verwandt, wo Fleischknappheit zeitweilig vorhanden war. Was im übrigen die voraussichtliche Preisgestaltung des Inlandsfleisches — das ausländische Fleisch wurde durch Regierungszuschüsse bisher verbilligt — betrifft, so hat man bereits zur Zeit Gelegenheit zu beobachten, wie im Kleinverkauf die Preise je nach den örtlichen

Besonderheiten unterschiedlich sind. Bei dem gegenwärtig noch anhaltenden starken Auftrieb an Schlachtvieh ist es möglich, daß das Ueberangebot in einigen Fleischsorten zu einer aller Wahrscheinlichkeit nach vorübergehenden Preisentwertung führen wird. Die sinkende Tendenz der Preise wird jedoch nur so lange anhalten können, als das Angebot Nachfrage wesentlich übersteigt; d. h. solange der Fleischbedarf der Bevölkerung aus den Beständen der Schlachtviehherden keine reichliche Deckung findet. Zwingen die Verhältnisse, früher oder später auf die Bestände der durch die hohen Futterkosten sich verteuerten Winterstallmast zurückzugreifen, so wird mit einem Anziehen der Fleischpreise gerechnet werden müssen.

Ein neues Forstkulturgesetz.

Auf Einladung aus dem Landwirtschaftsministerium fand am 11. November in Köln eine Beratung des Entwurfs zu einem neuen Forstkulturgesetz statt. Nach dem Gesetz sollen alle Privatwaldungen der Staatsaufsicht unterstellt werden. Von landwirtschaftlicher Seite nahmen teil: Dr. Siben, als Vertreter des Rheinischen Bauernvereins Direktor Kirschem als Vertreter des Mittelrheinisch-Rassauischen Bauernvereins u. der Vertreter einer Niederrheinischen Kreisbauernschaft. Im übrigen war die Versammlung fast ausschließlich von Vertretern der verschiedenen Forstbehörden besetzt.

Der Vorsitzende der Versammlung sprach in einer einleitenden Ansprache den Wunsch aus, es möchten bei der Beratung alle politischen Erörterungen beiseite gelassen werden. Es wurde alsdann in eine allgemeine Besprechung, darauf in eine Besprechung der einzelnen §§ des Gesetzesentwurfes eingetreten. Im Verlaufe der Verhandlungen nahm Direktor Kirschem mehrmals das Wort. Seine Ausführungen geben wir hier zusammenfassend wieder:

In den grundlegenden §§ 1 und 2 des Gesetzesentwurfes sollen alle Privatwaldungen unter Staatsaufsicht gestellt werden. Nach dem letzten Absatz des § 4 dürfen allerdings von Waldungen unter 10 Hektar Wirtschaftspläne nicht eingefordert werden. Diese Erleichterung wird aber durch die Vorschrift des 2. Absatzes wieder beseitigt. In dem darin für die kleineren Besitzer die Beteiligung an den Waldbesitzverhältnissen gefordert wird u. zwar kann die Errichtung solcher Genossenschaften durch einfachen Erlaß der Satzungen ohne Zustimmung der beteiligten Waldbesitzer erfolgen. Auch steht die Waldbesitzverhältnisse genau unter derselben Aufsicht des Staates wie der einzelne größere Privatwaldbesitzer.

Es muß zugestanden werden, daß in einzelnen Fällen die Bewirtschaftung der privaten Waldflächen nicht in richtiger Weise geschieht. Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß der private Waldbesitzer in der Bewirtschaftung seines Waldbestandes von ganz anderen Grundätzen und Interessen ausgeht als die Forstaufsichtsbehörde. Viele Waldbesitzer gehen z. B. bei der Ausrottung durch Nichtenanpflanzungen ganz anders vor, wie die Forstbehörde. Sie legen einen dichten Bestand an und nehmen nach etwa 9 oder 10 Jahren einen Teil des Aufwuchses heraus und verkaufen diesen als Weihnachtsbäume. So haben sie schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit einen nennenswerten Ertrag aus der Anlage, während der Ertrag bei den unter der Aufsicht des Staates stehenden Waldungen erst nach vielen Jahrzehnten zu Geld gemacht werden kann.

In vielen anderen Fällen haben die Privatbesitzer das Interesse, aus ihrem Besitz das für Haus und Wirtschaftszwecke erforderliche Brennholz zu schlagen. Besonders bei der Knappheit der Kohlen ist das von besonderer Bedeutung. Der Bauer sieht wie natürlich die Kohlen durch Schiffahrt und Eisenbahn abgefahren werden. Da es kommen auf das Land hiervon nur ganz geringe Mengen. Um so mehr ist der Bauer auf den Brennholzertrag seines eigenen Waldbestandes angewiesen. Er bewirtschaftet deshalb den Waldbesitz so, daß er demselben möglichst in jedem Jahre eine gewisse Menge Brennholz entnehmen kann und für diese Menge die hohen Preise für das aus staatlichen und Gemeinbewaldungen ausgeschene Brennholz erträgt.

Es ist kaum anzunehmen, daß die staatliche Aufsicht für Privatwaldungen sich mit einer solchen

Waldbewirtschaftung einverstanden erklären wird. Wenn auch die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erklären, daß die Staatsaufsicht in einer möglichst weitestgehenden Weise ausgeübt werden solle, und daß in diesem Sinne auch die Selbstbestimmungsrechte der Besitzer einschränken den Vorschriften des Gesetzesentwurfes von der Forstaufsichtsbehörde ausgelegt werden sollen, so wird man diese Erklärung als ehrlich gemeint annehmen dürfen. Allein der Bauer wird diesen Verprechungen nach seinen eigenen Erfahrungen wenig Vertrauen schenken. Das ist auch ganz erklärlich, wenn man in Betracht zieht, wie wenig die Gemeinden zu der Bewirtschaftung ihres Waldbestandes gegenüber der staatlichen Aufsichtsbehörde zu tun haben. Es wird schließlich doch so kommen, daß die Vorschriften des Gesetzes buchstäblich mit aller Strenge angewandt werden und damit die Unfreiheit des Privatbesitzers befestigt wird.

Nun hat der Vorsitzende ja zwar darum gebeten, von politischen Erörterungen abzusichen, allein ich bitte mir zu gestatten, daß ich die Angelegenheit auch von politischen Gesichtspunkten aus kurz erörtere. Indem in gewissen politischen Parteien die in der Preuß. Regierung einen wesentlichen Einfluß haben, der Sozialisierungsgedanke in der schärfsten Form vertreten wird, muß der Bauer angesichts dieses Gesetzentwurfes zu der Ueberzeugung kommen, daß mit diesem Gesetz die Sozialisierung der Landwirtschaft eingeleitet werden soll. Wenn auch der Entwurf gerade nicht den Waldbesitzer enteignet, so nimmt er ihm doch fast das ganze freie Verfügungs- und Bestimmungsmacht. Von diesem Entwurf bis zur Sozialisierung ist nur mehr ein kleiner Schritt. Und wenn einmal die Privatwaldungen unter die staatliche Aufsicht nach den Vorschriften des Entwurfes gekommen sind, wer wird dann dafür garantieren, daß nicht eines Tages die preussische Regierung auch mit einem Geiß heraustritt, wonach der gesamte landwirtschaftliche Betrieb, also der Ackerbau, Viehzucht und die Viehhaltung unter staatliche Aufsicht genommen wird. Diese politische Ermahnung bringt den Bauern dazu, daß er Maßnahmen der gegenwärtigen preussischen Regierung wie den Entwurf des Forstkulturgesetzes mit dem größten Mißtrauen gegenübertritt.

Es macht außerdem einen merkwürdigen Eindruck, daß das preuss. Landwirtschaftsministerium jetzt mit einem Entwurf zu einem Forstkulturgesetz heraustritt, nachdem die deutsche Regierung vor kurzer Zeit ebenfalls einen Entwurf veröffentlicht hat. Es wiederholt sich hier anscheinend derselbe Vorgang, wie beim Landwirtschaftsministerium. Die preussische Regierung sucht das von ihr vorgeschlagene Gesetz möglichst bald unter Dach u. Fach zu bringen, ohne daß von der deutschen Regierung beabsichtigte Landwirtschaftskammergesetz abzuwarten. Man muß zu der Auffassung kommen, als ob die deutsche und die preussische Regierung sich im Geheimen gegenwärtig den Rang ablaufen wollten. Der Bauer ist der Meinung, daß diese Geheimrede auf das allernotwendigste Maß eingeschränkt werden müsse. Jedenfalls sind wir der Auffassung, daß es auch im preuss. Staat heute keine wichtigeren Aufgaben gibt, als ein Gesetz über die staatliche Beaufsichtigung der Privatwaldungen vorzulegen.

Nach muß namens der kleineren Waldbesitzer am Mittelrhein und in Nassau erklären, daß wir der Gesetzesentwurf ablehnen.

Dieser Erklärung schloß sich der Vertreter der wälder niederrheinischen Kreisbauernschaft an. Auch die wenigen anwesenden Vertreter des mittleren Waldbestandes brachten ihren Widerspruch gegen den Entwurf zum Ausdruck.

Mindestbelieferungspflicht für Hafer.

Berlin, 19. Nov. Offiziell wird geschrieben: Von zahlreichen Seiten kommen Klagen über die schlechte Andienung von Hafer. In den Großstädten droht der Versorgung der gewerblichen Betriebe mit Hafer ins Stocken zu geraten. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Hafenernährungsmitteln erscheint gefährdet. Eine baldige Vorsehung der Haferlieferungen insbesondere auch der Abgabe auf die „Beauscheine“ ist daher dringend nötig. Es werden zurzeit schärfere Maßnahmen zur Erfassung des Hafers erwogen; wie

verlautet, kommt dabei in erster Linie in Betracht, eine Mindestbelieferungspflicht an Hafer für die Landwirte festzusetzen.

Für Feld, Wald und Garten.

Landwirtschaft.

Zur Entwicklung unserer Feldkultur. Vor wenigen Jahren glaubte man, ein jedes Volk sei nach in der Kulturstufe der Rasse, des Völkchens und des Ackerbaues gegangen. Heute ist man anderer Meinung. Ehe der Mensch Herden haben konnte, mußte er sie durch schäbige Lebensweise zu Haustieren bzw. Halbhäusern gewöhnen. Das setzt also voraus, daß vor dem Völkchen bereits Ackerbau bestanden haben muß. Nun weist Dr. Sahm in einem Vortrage weiterhin nachdrücklich darauf hin, daß sich die Völkchen vorwiegend von Pflanzenkost nährten und nicht von Fleisch, wie es für Vögel vorausgesetzt werden mußte. Der Ackerbau mag also die ursprünglichste Form gewesen sein. Da den Frauen fast ausschließlich die Bereitung des Mahles oblag, mögen auch Frauen zuerst zur Kultur von Pflanzen geschritten sein. Die weitverbreitetste Form der Pflanzenkultur ist der Hackbau, nicht die Feldkultur. Somit ist unser Gartenbau älter als der Feldbau. Erst viel später lernte man die Kunst des Pflanzens. Der Gartenbau führte zudem zu weit mannigfachen Kulturversuchen u. -erfolgen als der Feldbau.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 13. bis 19. November ds. Jrs.

Berlin, 19. Nov. Für den inländischen Produktverkehr spielte diesmal die starke Kaufkraft unserer Mark eine wichtige Rolle, was sich um so stärker fühlbar machte, als gleichzeitig auch die ausländischen Forderungen weiter, besonders für Mais, herabgegangen waren. So wurden am Berliner Markt vor acht Tagen Dezemberlieferungen frei Railwaggon Hamburg noch mit 209 M., danach mit 208 M. bezahlt. Am 18. Nov., an welchem der Hauptsturz der Devisen des Produktmarktes derart unsicher geworden war, daß die gewöhnlichen und nichtamtlichen Preisermittlungen eingestellt werden mußten, wurde Mais auf Januar- und Märzlieferungen mit 160 bis 176 M. gehandelt, und zwar in aufsteigender Preislage, da schon die Devisennotiz des Tages wesentlich über den niedrigen Tagesstand lautete. Die Kaufkraft für Mais war durch den gewaltigen Preissturz schließlich stark angeregt. Wie lange die hierbei machende starke Kaufkraft der Markwährung anhalten wird, ist sich allerdings nicht vorherzusagen, da hierbei viele äußere Gründe mitgespielen haben. In der Hauptfrage schien man in Amerika die Mark zum Gegenstande großer Spekulationsoperationen gemacht zu haben, und es kam nicht unwahrscheinlich, daß Amerika, welches Weizen, Mais, Fleisch, Getreide und viele Rohprodukte verkaufen will, hierzu auch Deutschland zum Absatz gebraucht und bis zu einem gewissen Grade ein Interesse an der Kaufkraft seiner Währung hat.

Getreidenotierungen in Mark für die Tonne, umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurs. Die Zahlen in Klammern geben in Mark das Ertrags (+) bzw. Sinken (-) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an:

Chicago, 16. Nov.: Weizen loco 5445 (- 633), Weizen Dezember 5235 (- 795), Weizen März 4963 (- 905), Mais Dezember 2229 (- 534), Mais Mai 2386 (- 520).
Berlin, 18. Nov.: Mais frei Railwaggon Hamburg für den Rentner für Januar-Lieferung 160.-170 M. (- 48-38).

Tod allen Ratten und Mäusen.

Mit meinen Ratten- und Mäusen vernichten Sie radikal alle Ratten und Mäuse. Fertig umschlagen. Erfolge garantiert. Viele Fans schreiben. Rattenfresser gegen Ratten. 1 Kart. 4.80 Mark, 3 Kart. 13.50 M. Mäusefresser gegen Mäuse und Hausmäuse. 1 Kart. 4.50 M., 3 Kart. 13 M., Mäuseopfer 3 Glas 9 M., Ratte tnp 3 Glas 10 M., Schwaben 5 M., Ratten 6 M. oder Nachn. nur direkt von Peter Pilsni. Chem. Prod. Gendenecht Nr. 13. (Cbir. Bahern).